

E i n l a d u n g

Gremium: Kultur- und Sportausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 04.10.2005, 15:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 22.09.2005

1. An die Mitglieder des Kultur- und Sportausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.01.2005**
- TOP 4 Jahresbericht 2004/2005 des Kunst- und Kulturkreis Rastede e.V. und Haushaltsbudget 2006 für das Palais
Vorlage: 2005/213**
- TOP 5 Bäderkonzept Hallenbad
Vorlage: 2005/207**
- TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006
Vorlage: 2005/186**
- TOP 7 Anfragen und Hinweise**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen

**gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/213

freigegeben am 20.09.2005

GB 2

Datum: 20.09.2005

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Jahresbericht 2004/2005 des Kunst- und Kulturkreis Rastede e.V. und Haushaltsbudget 2006 für das Palais

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.10.2005	Kultur- und Sportausschuss
Ö	01.11.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Jahresbericht 2004/2005 des Kunst- und Kulturkreis Rastede e.V. wird zur Kenntnis genommen.

Für das Haushaltsjahr 2006 werden insgesamt Finanzmittel in Höhe von 111.000 € (91.000 € Verwaltungshaushalt und 20.000 € Vermögenshaushalt) eingeplant.

Soweit der Kunst- und Kulturkreis die Gesamtfinanzierung sicherstellt, wird den innerhalb des Budgets des Vereins vorgesehenen Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2006 zugestimmt.

Zuschüsse für die Sanierung der „Schmiede“ und des „kleinen Marstalls“ werden ab 2007 nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, dass der Kunst- und Kulturkreis ein schlüssiges Nutzungskonzept vorlegt und die Gesamtfinanzierung der Vorhaben nachgewiesen wird.

Für die Sanierung der Parkwege werden für das Haushaltsjahr 2006 Zuschüsse in Höhe von 5.600 € veranschlagt. Die Auszahlung erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass die Gesamtfinanzierung der Wegesanierung sichergestellt wird.

Sach- und Rechtslage:

Der Kunst- und Kulturkreis hat auch in diesem Jahr einen Jahresbericht vorgelegt, dem zu entnehmen ist, dass im Zeitraum 2004/2005 kompetente und eindrucksvolle kulturelle Arbeit im und um das Palais geleistet wurde. Der Bericht liegt der Vorlage als Anlage bei, auf eine Wiederholung der Inhalte wird deshalb an dieser Stelle verzichtet.

Eine besondere Bedeutung kommt allerdings die Tatsache zu, dass Herr Dr. Hellmut Strobel nach 10jähriger Amtszeit im März diesen Jahres den ersten Vorsitz des Kunst- und Kulturkreises und die ehrenamtliche Leitung des Palais aufgegeben hat. Zu seinem Nachfolger wurde Herr Thomas Schulz gewählt und gleichzeitig die Palaisverwaltung an die fest angestellte Mitarbeiterin des Kunst- und Kulturkreises, Frau Claudia Thoben, übergeben.

Wie dem Bericht von Frau Thoben zu entnehmen ist, führen diese und weitere personelle Veränderungen (neue Schatzmeisterin) zu bereits in der Vergangenheit befürchteten und mehrfach angesprochenen finanziellen Mehrbelastungen des Kunst- und Kulturkreises. In diesem Jahr wurden Budgetmittel in Höhe von 7.000 € nachbewilligt (Vorlage-Nr. 2005/155), da der Kunst- und Kulturkreises glaubhaft machen konnte, dass ansonsten die Liquidität des Vereins nicht mehr gewährleistet gewesen wäre.

Um verdeutlichen zu können, welcher Teil der insgesamt zur Verfügung gestellten Finanzmittel für die eigentliche Unterhaltung und Verwaltung des Palaisgebäudes und welche Finanzmittel tatsächlich für kulturelle Zwecke verwendet werden, wurden bereits mehrere Gespräche mit dem Kunst- und Kulturkreis mit der Bitte geführt, die Budgetplanungen entsprechend aufzuschlüsseln. Diesem Wunsch ist der Kunst- und Kulturkreis leider nicht nachgekommen.

Völlig offen bleibt bei den vorgelegten Kalkulationen außerdem, in welchem Umfang kulturelle Veranstaltungen aus Mitteln des Kunst- und Kulturkreises selbst getragen werden oder getragen werden können. Eine Offenlegung des Finanzpotentials des Kunst- und Kulturkreises ist bisher ebenfalls völlig unterblieben.

Für alle Beteiligten unstrittig ist aber, dass die zur Verfügung gestellten Budgetmittel der Gemeinde Rastede in jedem Fall zur Unterhaltung der Gebäude, Nebengebäude und Freiflächen nebst des dafür benötigten Personals ausreichen.

Eine Aufstockung des Budgets von bisher 111.000 € beziehungsweise in diesem Jahr von 118.000 € auf 128.000 € im Jahr 2006 würde somit die konkrete Aufstockung des Finanzrahmens für kulturelle Leistungen bedeuten. Ein Verzicht auf eine Aufstockung führt nach Einschätzung des Kunst- und Kulturkreises dazu, dass das kulturelle Angebot im Jahr 2006 erheblich eingeschränkt werden müsste.

Da sich bereits im vergangenen Jahr die prekäre Finanzsituation immer deutlicher abzeichnete, wurde der Kunst- und Kulturkreis im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2005 (Vorlage-Nr. 2004/250) aufgefordert, verstärkt Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung und/oder zur Kostenreduzierung zu sondieren. Gleichzeitig wurde der direkte Dialog zwischen Politik, Verwaltung und dem Kunst- und Kulturkreis angeboten und die Inanspruchnahme der Residenzort Rastede GmbH für Werbe- und/oder Veranstaltungszwecke empfohlen.

Auch wenn sich, wie dem Bericht von Frau Thoben zu entnehmen ist, der Kunst- und Kulturkreis in einer schwierigen personellen und finanziellen Situation befindet, werden seitens der Verwaltung Anstrengungen zur Senkung des Defizits beziehungsweise neue Impulse zur Stabilisierung der Finanzen vermisst.

Wünschenswert wäre es weiterhin, dass der Kunst- und Kulturkreis eine auf mehrere Jahre ausgerichtete Finanzplanung vorlegt, die tendenziell die Entwicklung der kommenden Jahre aufzeigt und künftige Finanzierungsspielräume verdeutlicht.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Kunst- und Kulturkreis nochmals zur verstärkten Haushaltskonsolidierung aufzufordern und den Zuschussrahmen weiterhin bei 111.000 € zu belassen.

Ein weiteres Schwerpunktthema des Berichtes des Kunst- und Kulturkreises sind die ab 2006 vorgesehenen investiven Maßnahmen. Dem Bericht kann entnommen werden, dass auf dem Palaisgelände befindliche Nebengebäude (Schmiede und kleiner Marstall) einer dringenden Sanierung bedürfen. Weiterhin steht eine Sanierung der Wege an. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen werden mit ca. 117.000 € beziffert. In den kommenden Jahren stehen zudem die Erneuerung der Fenster und der Heizungsanlage an.

Seitens der Verwaltung wird besonders für die Schmiede und den Marstall ein schlüssiges Nutzungskonzept vermisst, dass Investitionen in dieser Höhe rechtfertigt. Eine Beteiligung an den Kosten sollte nur dann in Aussicht gestellt werden, wenn die Investitionen nachweislich wirtschaftliche Vorteile für den Betrieb des Palais bringen und ein langfristiger Nutzungsvertrag mit der herzoglichen Verwaltung besteht. Der derzeitige Pachtvertrag hat eine Laufzeit bis zum Jahre 31.12.2019.

Falls eine wirtschaftliche Nutzung nicht möglich ist, sollten alternativ nur die Kosten für die notwendigsten Erhaltungsmaßnahmen geprüft und gegebenenfalls in Aussicht gestellt werden, die sich aus den mit der herzoglichen Verwaltung geschlossenen Verträgen ergeben. Aus verkehrssicherungsrechtlichen und auch repräsentativen Gründen wird allerdings vorgeschlagen, der Wegesanierung zuzustimmen und einen anteiligen Zuschuss von 20% in Aussicht zu stellen.

Für die Einplanung künftiger Investitionen wäre ein seitens des Kunst- und Kulturkreises auf mehrere Jahre ausgelegtes Kosten- und Nutzenkonzept wünschenswert.

Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 91.000 € im Verwaltungshaushalt und 20.000 € im Vermögenshaushalt werden für das Haushaltsjahr 2006 eingeplant.

Zusätzlich werden 2006 im Vermögenshaushalt 5.600 € als Zuschüsse für investive Maßnahmen bereit gestellt.

Anlagen:

1. Jahresbericht des KKR 2004/2005
2. Ausstellungsprogramm 2004
3. Budgetplanungen 2006
4. Ausstellungsplan 2006

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/207

freigegeben am 18.09.2005

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 18.09.2005

Bäderkonzept Hallenbad

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.10.2005	Kultur- und Sportausschuss
N	15.11.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Für die Überplanung der Eingangs-, Umkleide- und Sanitärbereiche im Hallenbad werden im Haushalt 2006 Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt.
2. Für den Einbau eines Heizkessels für den Sommerbetrieb werden Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Sach- und Rechtslage:

Im August 2002 hat die Verwaltung mit der Entwicklung eines Finanzkonzeptes für die örtlichen Bäder begonnen. Im Rahmen dieses Finanzkonzeptes haben die politischen Gremien über ein Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm, einen Finanzentwicklungsplan und die Neukonzeption der Entgelte für die Bäder entschieden. Das Finanzkonzept wurde in den Jahren 2003 bis 2005 fortgeschrieben.

Um auf die Schnelllebigkeit von Investitionsplanungen, die Veränderungen im Kundenverhalten und die sich ständig verändernden Kostenfaktoren reagieren zu können, ist es auch künftig unabdingbar, das beschlossene Finanzkonzept regelmäßig zu überarbeiten.

Im Rahmen der Investitionsplanungen wurde in diesem Jahr der Wintergarten mit Whirlpool und ein zusätzlicher Sanitärraum im Bereich des KAB-Beckens geschaffen. Die Einrichtungen konnten termingerecht zum Saisonstart des Hallenbades am 17.09.2005 in Betrieb genommen werden.

Neben den baulichen Veränderungen wurden zusätzliche Anstrengungen unternommen, um die Attraktivität des Hallenbades weiter zu steigern. So wurden die Öffnungszeiten am Wochenende um jeweils 1 Stunde verlängert. Das Bad ist nun am Freitag bis 22.00 Uhr, Samstag und Sonntag jeweils bis 19.00 Uhr geöffnet. Außerdem wurde eine Schlemmerecke eingerichtet, wodurch die Bestellung und der Verzehr von Speisen in der Schwimmhalle nun möglich geworden ist. Die Ergänzung und Erweiterung von Kinderspielgeräten runden die neu geschaffenen Angebote ab.

Die Investitionsplanungen in der eigentlichen Schwimmhalle sind somit zunächst abgeschlossen.

Als wesentlicher Posten des Modernisierungs- und Investitionsprogramms wartet noch die konzeptionelle Überarbeitung des Eingangs-, Umkleide- und Sanitärbereiches auf seine Umsetzung.

Vor dem Hintergrund der rasant angestiegenen Betriebskosten und den Überlegungen zu einem möglichst wirtschaftlichen Betrieb des Hallenbades schlägt die Verwaltung vor, im kommenden Jahr ein preisgünstiges und dabei möglichst effizientes Gesamtkonzept für diese Bereiche zu erarbeiten. Für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes werden deshalb zunächst Planungskosten in Höhe von 5.000 Euro in den Haushalt 2006 eingestellt. Die Planungen werden den Fachausschüssen im Jahr 2006 vorgestellt und das Finanz- und Investitionskonzept den neuen Überlegungen angepasst. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen kann dann ab 2007 beginnen.

Abgekoppelt von den Überlegungen zur Umgestaltung der Eingangs-, Umkleide- und Sanitärbereiche wird weiterhin nach Möglichkeiten gesucht, die Betriebskosten des Bades zu reduzieren. Die Möglichkeiten im Bereich der Wasseraufbereitung sind bereits durch den Einbau der neuen Technik weitestgehend ausgeschöpft. Potential besteht allerdings noch im Bereich der Heizungstechnik. Hier können durch den Einbau eines sogenannten Sommerkessels erhebliche Energiemengen eingespart werden. Derzeit ist für den Betrieb der Sauna keine separate Versorgung mit Warmwasser vorgesehen, so dass während der Sommermonate (wenn das Hallenbad nicht in Betrieb ist) große Mengen an Warmwasser vorzuhalten sind, die nur zu einem sehr geringen Teil durch den Saunabetrieb genutzt werden. Hier soll durch den Einbau eines Sommerkessels Abhilfe geschaffen werden. Bei den derzeitigen Energiepreisen amortisiert sich die Anlage bereits nach weniger als 7 Jahren.

Das neue Entgeltsystem findet zwischenzeitlich durchweg Akzeptanz bei den Besuchern und hat nicht zu Einbußen bei den Besucherzahlen geführt. Besonders die Werbeangebote zu den jeweiligen Saisonstarts für Dauer- und Familienkarten wurden sehr gut angenommen. Wie der örtlichen Presse entnommen werden konnte, setzt sich offensichtlich die Preisgestaltung der Gemeinde Rastede, die in starkem Maße die Bedürfnisse von Familien berücksichtigt, gegen Wertkartensysteme anderer Anbieter durch.

Wie bereits ausgeführt, ist es allerdings bedauerlich, dass die Betriebskosten des Bades, verursacht durch die rasant angestiegenen und noch weiter steigenden Energiekosten, wesentlich schneller und in größerem Maße ansteigen, als zunächst im Rahmen der vorgestellten Finanzplanungen angenommen. Es wird deshalb in naher Zukunft unumgänglich sein, die Fortschreibung des Finanzkonzeptes mit der künftigen Preisgestaltung der Bäder zu koppeln. Dabei wird der Frage nach der Höhe der künftigen Defizitabdeckung eine zentrale Bedeutung zukommen.

Das beschlossene Finanzkonzept sieht vor, die Eintrittspreise an weitere Attraktivitätssteigerungen zu koppeln und gleichmäßig und moderat an die Kostensituation der Bäder anzupassen. Seitens der Verwaltung wird allerdings zum jetzigen Zeitpunkt kein großer Spielraum für Preiserhöhungen gesehen, ohne dabei einen Rückgang der Besucherzahlen in Kauf nehmen zu müssen.

Im Rahmen der Sitzung wird die Verwaltung ausführlich die Besucherzahlen und die Kostenentwicklungen der Bäder darstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Überplanung der Eingangs-, Umkleide- und Sanitärbereiche werden für den Haushalt 2006 Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 Euro benötigt. Für den Einbau eines Heizkessels für den Sommerbetrieb werden Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro benötigt.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/186

freigegeben am 29.08.2005

GB 1

Sachbearbeiter/in: Herr Dudek

Datum: 29.08.2005

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	04.10.2005	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.10.2005	Feuerschutzausschuss
Ö	10.10.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	10.10.2005	Schulausschuss
Ö	14.11.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	21.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2006 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsplan 2006 ist ausgeglichen. Der Verwaltungshaushalt enthält eine Nettoinvestitionsrate von 5.100 Euro. Im Vermögenshaushalt ist eine Gesamtkreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro (davon 3.417.500 Euro vom Kreditmarkt) vorgesehen.

Dem Verwaltungsausschuss war mitgeteilt worden, dass die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006 erst am 21.02.06 erfolgen wird. Eine Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses geht dem am 06.02.06 voraus. Der Terminplan wurde deshalb so festgelegt, um in der Haushaltsplanung und in der Beschlussfassung das Ergebnis des Haushaltsjahres 2005 und die Festsetzungen des Finanzausgleiches berücksichtigen zu können.

Nach dem jetzigen Stand der Haushaltsplanung sind große Unsicherheiten in den Bereichen der Einkommen- und der Gewerbesteuer und beim Finanzausgleich vorhanden. Die Vorschläge im Haushaltsplanentwurf berücksichtigen den Kenntnisstand von heute und beim Finanzausgleich die Überlegung, dass der Zahlungsbetrag von 2005 unter Berücksichtigung der gemeindeeigenen Entwicklungen (Einwohner, Gewerbesteuer) gehalten werden kann.

Dies allgemein vorausgeschickt, sind zu der Haushaltsplanung 2006 folgende grundsätzliche Ausführungen zu machen:

Herstellung des Haushaltsausgleichs:

Es kann festgestellt werden, dass die Mittelanmeldungen trotz des Fehlbedarfs kostenbewusst erfolgt sind. Der Ausgleich des Haushaltsplanes wurde letztlich dadurch hergestellt, dass Ausgaben reduziert oder, soweit vertretbar, als investive Maßnahme eingestuft und damit im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden. Außerdem wurde bei der Gewerbesteuer optimistisch eine recht erfreuliche Entwicklung der Jahre 2004 und 2005 berücksichtigt.

Für das Haushaltsjahr 2003 musste ein Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden, weil der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden konnte. Im Ergebnis war der Haushalt des Jahres jedoch in Einnahme und Ausgaben ausgeglichen. Die Planungen für die Jahre 2004, 2005 und 2006 konnten im Verwaltungshaushalt ohne Fehlbedarf aufgestellt werden. Dies ist nicht das Ergebnis struktureller Verbesserungen, wie bei Betrachtung der Ergebnisse der Abarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes festgestellt werden kann. Einsparungen und Verzicht sind bis heute die ausschlaggebenden Faktoren zur Herstellung des Haushaltsausgleichs.

Einzelheiten:

Es macht wenig Sinn, die Einnahme- und Ausgabearten im zeitlichen Vergleich darzustellen, um sich zu einer Schlussfolgerung verleiten zu lassen, dass die Ausgaben oder Einnahmen zu hoch oder zu niedrig sind. Aus diesem Grunde wird überwiegend auf eine entsprechende Darstellung verzichtet.

Insgesamt nicht berücksichtigt wurde bislang eine Anhebung der Umsatzsteuer, weil einerseits ihre Erhöhung noch nicht feststeht und die Auswirkungen nicht abgeschätzt werden können.

Verwaltungshaushalt:

1. Bewirtschaftungskosten

Berücksichtigt wurden die absehbaren Erhöhungen bei den Energiepreisen. Bei einem jetzt veranschlagten Volumen in Höhe von 1.596.700 Euro entfallen ca. 141.000 auf Preiserhöhungen.

2. Bauliche Unterhaltung

Die Ansätze der baulichen Unterhaltung sind überwiegend gekennzeichnet durch Pflichtmaßnahmen wie vorgeschriebene Wartungen von Blitzschutz- und sonstigen Einrichtungen. Hinsichtlich der unvorhergesehenen Maßnahmen sind Pauschalen eingeplant werden, die sich an den Erfahrungswerten orientieren. Das Gesamtvolumen beträgt 597.500 Euro.

3. Unterhaltung von Außenanlagen

Ohne den Bereich „Straße“ wurden für die Unterhaltung der Außenanlagen 548.000 Euro veranschlagt, wovon 341.900 Euro an den Bauhof für die von ihnen zu verrichtenden üblichen Unterhaltungsmaßnahmen gehen. Besonderheiten gibt es hier nicht; es sind die notwendigen Arbeiten an den Außenanlagen.

Bei der Straßenunterhaltung ist ein seit zwei Jahren konstantes Ausgabenniveau vorhanden. Das Volumen beträgt rd. 850.000 Euro. Von diesem Betrag sind rd. 666.000 Euro für den Bauhof vorgesehen. Hinzu kommen im Vermögenshaushalt veranschlagte 150.000 Euro für ein noch im Einzelnen festzulegendes Bauprogramm (frühere Bezeichnung „Deckenprogramm“).

4. Personalkosten

Die Personalkosten belaufen sich auf 6.289.900; dies sind 252.700 Euro gegenüber 2005 mehr. Zur Zeit findet noch eine Überprüfung der Veranschlagung statt, da eine Änderung der Software keine exakte Vorausplanung ermöglicht. Trotzdem muss von einer Steigerung der Personalkosten aus z.B. folgenden Gründen ausgegangen werden:

Mehrausgaben entstehen aufgrund von Folgebesetzungen für fünf bewilligte Altersteilzeiten und eine Personalaufstockung (1/2 Stelle) im Bereich „Hartz IV“. Hier ist zu beachten, dass den Mehrausgaben auch Zuschüsse der Agentur für Arbeit gegenüber stehen sowie Erstattungen des Landkreises für die Stelle im Bereich „Hartz IV“ (Die geschätzten Fallzahlen für die Leistungssachbearbeitung haben sich als zu gering erwiesen).

Ausschlaggebend für ein höheres Gesamtvolumen sind weiter die vereinbarten tariflichen Einmalzahlungen, befristete Anschlussverträge für zwei Auszubildende, Folgekosten für in 2005 ausgesprochene Höhergruppierungen aufgrund von Bewährungsaufstiegen und eine Beförderung.

Stellenplan:

Der Stellenplan und die Erläuterungen dazu sind in den Anlagen 8 und 9 enthalten.

5. Allgemeine Deckungsmittel

Verwaltungshaushalt			2005		2006	Abweichung zu 2005 gegenüber	
Einnahmen			Ansatz	erwartetes Ergebnis 2005	Ansatz	Ansatz 2005	Ergebnis 2005
9000	000000	Grundsteuer A	145.000	156.509	156.000	11.000	-509
9000	001000	Grundsteuer B	1.900.000	1.949.590	1.950.000	50.000	410
9000	003000	Gewerbsteuer	3.789.800	4.472.043	4.475.000	685.200	2.957
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.912.400	3.725.800	3.738.000	-174.400	12.200
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	330.000	321.300	326.900	-3.100	5.600
9000	021000	Vergnügungssteuer	20.000	21.399	21.000	1.000	-399
9000	022000	Hundesteuer	51.000	52.370	51.500	500	-870
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	1.436.400	1.602.845	1.573.000	136.600	-29.845
9000	061000	Zusch. übertr. WK	316.700	320.432	322.100	5.400	1.668
Summe			11.901.300	12.622.288	12.613.500	712.200	-8.788
Ausgaben							
9000	810000	Gewerbsteuerumlage	990.300	1.180.075	1.232.800	242.500	52.725
9000	832000	Kreisumlage	4.000.000	4.061.480	4.001.700	1.700	-59.780
Summe			4.990.300	5.241.555	5.234.500	244.200	-7.055
Saldo			6.911.000	7.380.733	7.379.000	468.000	-1.733

Die Beteiligung an der Einkommensteuer orientiert sich an der letzten Steuerschätzung. Weitere „Unbekannte“ sind die für alle Kommunen individuellen Schlüsselzahlen, die auf die Verteilungsmasse angewendet wird. Sie wird ab 2006 für wieder insgesamt drei Jahre festgesetzt. Mit einer Verbesserung ist nicht zu rechnen, weil die Gemeinde Rastede, wie

auch Edeweicht und Westerstede lt. der Statistik zu den Einkommensteuer schwachen Gemeinden des Ammerlandes zählen.

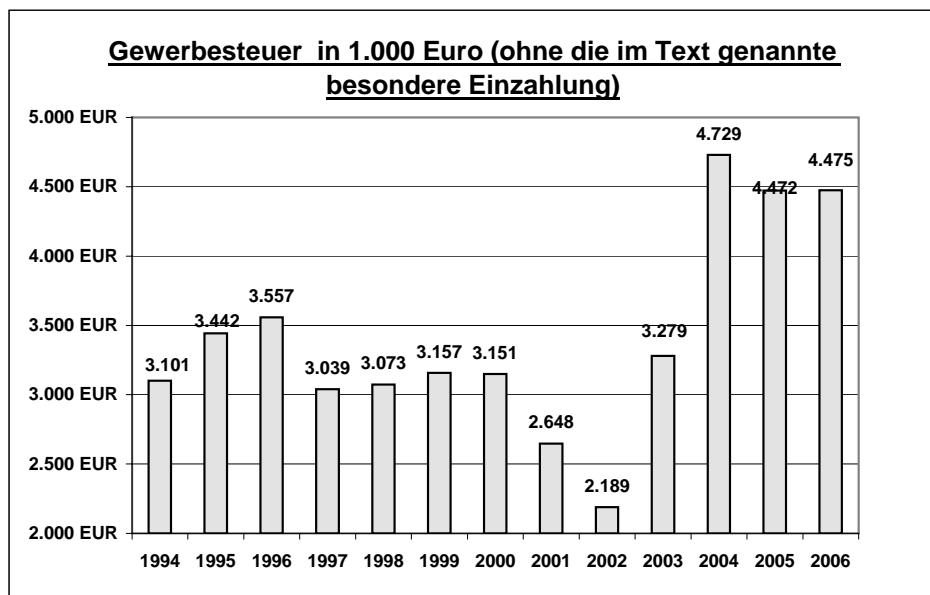
Völlig im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Gewerbesteuer, die jetzt im zweiten Jahr in Folge eine bisher unerreichte Höhe erzielt hat. Bei Betrachtung der dafür ausschlaggebenden Einzelfälle hält es die Verwaltung für vertretbar, wenn auch für 2006 ein entsprechendes Einnahmenvolumen veranschlagt wird. Die in der nachstehenden Grafik für 2005 genannten 4.475.000 Euro entsprechen dem Anordnungssoll von Anfang August 2005. Das aktuelle Anordnungssoll vom 29.08.05 beträgt sogar 6.448.000 Euro aufgrund einer erheblichen Festsetzung von Gewerbesteuern und Gewerbesteuvorauszahlungen für vorangegangene Jahre und aufgrund einer in 2005 wirksamen Vorauszahlung für 2006 wegen eines festgelegten „vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres“.

Es bleibt abzuwarten, ob die hohen Gewerbesteuerzahlungen rechtlich bestehen bleiben. Werden die Einnahmen kassenwirksam, sind dies für die Gemeinde grundsätzlich äußerst erfreuliche Einzahlungen, die sich aber auf die Haushaltsplanung der kommenden Jahre gravierend auswirken. Von der Zahlung in Höhe von knapp 2 Mio. Euro bleiben der Gemeinde über den Zeitraum von zwei Jahren (2005 und 2006) bei derzeitiger Entwicklung des Finanzausgleichs rd. 156.000 Euro übrig. Die erfreuliche Einnahme verliert die Gemeinde an die Gewerbesteuerumlage und an eine wegen dieses Ereignisses (steigende Steuerkraft) sinkende Schlüsselzuweisung und Erhöhung der Kreisumlage.

Im Einzelnen: Eine hohe (Gewerbe-)Steuerzahlung wirkt sich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus. Der Zeitpunkt der Wirkung ist davon abhängig, ob die Zahlung vor dem 30.09. eines Jahres eingeht oder danach. Wenn die Zahlung noch vor dem 30.09. erfolgt, wirkt sich dies auf die Schlüsselzuweisungen des folgenden Jahres aus. Sollten die Zahlungen also noch vor dem 30.09.05 eingehen, wovon nach heutigem Stand der Kenntnisse auszugehen ist, sinken die Schlüsselzuweisungen in 2006 um bis zu 950.000 Euro. Hierfür müsste ein Ausgleich bei den Veranschlagungen des Haushaltsplanes 2006 gefunden werden, weil ein 2005 im Verwaltungshaushalt entstehender Überschuss in den Vermögenshaushalt fließt und für 2006 dem Verwaltungshaushalt verloren geht. Außerdem wirkt sich die Einzahlung vor dem 30.09. auf die Höhe der Kreisumlage aus. Die Kreisumlage wird auf der Grundlage der gemeindlichen Steuerkraft und unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen berechnet. Weil durch die Einmalzahlung die Steuerkraft so erheblich steigt, erhöht sich auch die Kreisumlagenzahlung um bis zu 540.000 Euro, die 2006 ebenfalls ausgeglichen werden muss. Insgesamt ist also in 2006 für voraussichtlich 1.490.000 Euro ein Ausgleich zu finden. Es ist kaum nachzuvollziehen, dass der Gemeinde nach dem Haushaltsrecht eine im Verwaltungshaushalt erzielte Einnahme über eine Jahresgrenze hinweg für den Verwaltungshaushalt verloren geht und dann zu erheblichen Problemen beim Haushaltsausgleich des Folgejahres führt.

Aus dem v.g. Grund besteht eine Überlegung der Verwaltung, haushaltsrechtlich in Höhe der voraussichtlichen Einnahmeverringerung des Jahres 2006 insbesondere Unterhaltungsmaßnahmen nach 2005 vorzuziehen. Soweit eine Abarbeitung der Maßnahmen nicht möglich ist, wären entsprechende Haushaltsreste zu bilden.

Soweit die entscheidenden Zahlungen erst nach dem 01.10. eingehen werden, reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen und erhöht sich die Kreisumlage in den genannten Höhen erst 2007.



Würde die v.g. Problematik der Gewerbsteuer(nach)zahlung nicht bestehen, ergäbe sich gegenüber der Veranschlagung 2005 eine Verbesserung bei den allgemeinen Deckungsmitteln in Höhe von 468.000 Euro.

Vermögenshaushalt

1. Der Vermögenshaushalt ist gekennzeichnet durch Erschließungsmaßnahmen einschließlich des damit verbundenen Grundstückerwerbs und – verkaufs.

Es ist hinreichend zu beobachten, dass sich gerade in diesem Bereich regelmäßig Abweichungen von den Planungen ergeben. Dies liegt hauptsächlich daran, dass sich die Grundstücksvermarktung kaum mit Sicherheit planen lässt. So gesehen ist die Veranschlagung im Vermögenshaushalt regelmäßig eine Momentbetrachtung; siehe hierzu die nachfolgende Tabelle über wichtige Einnahme- und Ausgabeblöcke des Vermögenshaushaltes.

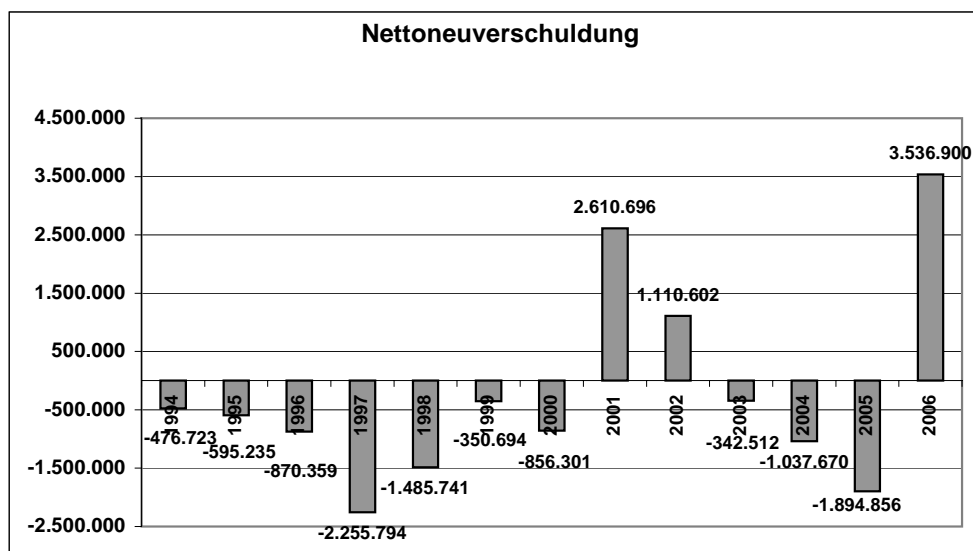
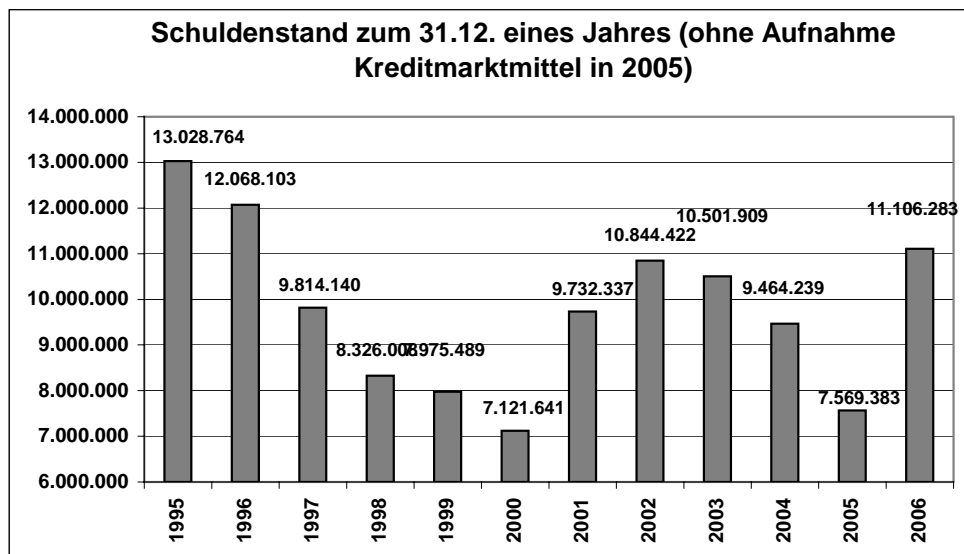
Um zu einer transparenten Haushaltsplanung zu kommen, wird die Verwaltung zu Gunsten von 2006 nur Haushaltsausgabereste bilden, wenn in 2005 noch entsprechende Aufträge erteilt wurden; eine pauschale Resteübertragung kommt nicht in Betracht. In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass 2005 möglicher Weise auf die Aufnahme der veranschlagten Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von 2.177.300 Euro verzichtet werden kann. Die Ausführung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes 2005 muss natürlich noch abgewartet werden; die Bildung von Haushaltseinnahmeresten für Kredite ist nicht auszuschließen.

	2006	2005		2004
	HHPlan	HHPlan	Stand 29.08.2005	HHPlan
Ausgaben				
Hochbau	1.961.000	1.213.000		1.222.932,12
Tiefbau				
- Erschließung	3.000.500,00	3.313.100,00		2.806.239,43
- Straßenausbau	948.000,00	1.137.500,00		148.392,00
Grunderwerb	2.055.300,00	2.191.500,00	3.121.784,00	1.193.306,92
Summe	6.003.800,00	6.642.100,00	6.434.884,00	4.147.938,35
Einnahmen				
Grundstücksverkauf	1.572.200,00	2.514.400,00	5.033.006,00	1.957.739,22
Saldo für Erschließung	-3.483.600,00	-2.990.200,00	-1.401.878,00	-2.041.807,13

Der sich aus der vorstehenden Tabelle ergebende Saldo für die Erschließungstätigkeit 2006 ist, (die Eigenfinanzierung des Vermögenshaushaltes beträgt 63 % von 9.256.900 Euro) gleichzeitig weitestgehend Kreditbedarf (Kreditmarkt 3.417.500 Euro). Was die geplanten und in Bau befindlichen Baumaßnahmen betrifft, wird auf die bisherigen und kommenden Einzelberatungen sowie die Sach- und Baustandsberichte hingewiesen.

2. Kredite/Schulden

Die Ausgabeveranschlagungen im Vermögenshaushalt erfordern eine Kreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro. Die sich daraus ergebende Schuldenentwicklung kann den folgenden Grafiken entnommen werden.



Nicht veranschlagte Maßnahmen:

Unter anderem für die folgenden Maßnahmen wurden in 2006 keine Haushaltsmittel veranschlagt. Soweit die Maßnahmen in das Investitionsprogramm verschoben wurden, ist in der Tabelle ein Hinweis enthalten.

Glied.	Grupp.	Anteil- budget		Text	Betrag	Bemerkung
13000	950100	1102	Feuerwehr	Neuanlage von Löschwassieranlagen	5.000,00	Vorschlag der Feuerwehr
21030	950000	2103	GS Hahn-Lehmden	Tiefbaumaßnahme; Sanierung Schulhof	10.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21040	940007	2104	GS Wahnbek	Hochbaumaßnahme; Neueindeckung des Daches (Altbau)	60.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); altes Dach abgängig
21050	940005	2105	GS Loy	Hochbaumaßnahme; Akustikmaßnahme (3 Klassenräume)	19.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); schlechte Akustik in den Räumen
21050	950001	2105	GS Loy	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung	4.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21400	935400	2201	Schule für Lernhilfe	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außer- halb Schulbudget)	5.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm) Gardinen Gymnastikhalle.
21400	940009	2201	Schule für Lernhilfe	Hochbaumaßnahme; Sanierung Toilettenanlagen	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm.); Trennwände und Einrichtungen veraltet
28100	935006	2301	KGS	Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	8.000,00	Beschilderungssystem 3000,00, Gardinen Verwaltungstrakt 5000.
28100	940013	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Einrichtung Fachraum EDV	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Ergebnis Bereisung Schulausschuss Juni 2005
28110	940010	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung Flure (Bereich Naturwissenschaften)	15.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
28110	940012	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung WC-Anlagen	40.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); alte WC Anlagen abgängig
28110	950002	2301	KGS	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung (Einbau Schwarzecke)	30.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
36600	987003	3101	Palais	Zuw. u. Zuschüsse für Investitionen; Beleuchtung Palaisgebäude	6.000,00	Verschoben nach 2005 (Investitionsprogramm) Neuinstallation
46410	935200	4502	KiGa Voßbarg	Ersatzbeschaffung Spielgerät	7.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
		5400	Sportförderung		325.000,00	Zuschuss Schützenverein Leuchtenburg e.V. für Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten. Vorlage VA 2005/116 Zahlungsplanung: 2006 = 24.000 Euro 2007 = 12.800 Euro 2008 = 28.200 Euro Überarbeiteter Finanzierungsplan liegt noch nicht vor angeforderte Erläuterungen zu Eigenleistungen ebenfalls nicht.

3. Investitionsprogramm

In dem Investitionsprogramm (und im Finanzplan) ist eine erhebliche Reduzierung an Investitionstätigkeit ab 2007 erkennbar. Dies liegt daran, dass nur die bekannten Investitionskosten berücksichtigt wurden. Die Verwaltung hat davon Abstand genommen, denkbare, aber in den Gremien noch nicht konkret angesprochene Maßnahmen in das Investitionsprogramm aufzunehmen.

4. Finanzplan

Der Finanzplan berücksichtigt die heutigen Erkenntnisse zukünftiger Einnahme- und Ausgabeentwicklung. Die Geschäftsbereiche waren im Rahmen der Mittelanmeldungen verpflichtet, sich über die zukünftige Einnahme- und Ausgabeentwicklung je Haushaltsstelle Gedanken zu machen. Der Finanzplan kumuliert letztlich die Ergebnisse der Mittelanmeldung für jede Haushaltsstelle.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2006 (Anlage 1)
2. Finanzplan (Anlage 2)
3. Investitionsprogramm (Anlage 3)
4. Ausgabebedarf aus Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 4)
5. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind. (Anlage 5)
6. Stellenplan (Anlage 6)
7. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage 7)
8. Entwurf des Haushaltsplanes 2006 (wird gesondert in Papierform zugestellt)